Stadt Gossau

Interpellation Rebecca Meier (Junge Grüne) "Politische Bildung"

Rebecca Meier (Junge Grüne) reichte am 2. Juni 2026 die von sieben Parlamentsmitgliedern unterzeichnete Interpellation «Politische Bildung» ein (siehe Beilage). Der Stadtrat beantwortet den Vorstoss wie folgt:

Politische Bildung in Schulen

Frage 1
In welcher Form wird in Gossau Staatskunde unterrichtet? Wie stellt Gossau sicher, dass ihre Einwohner:innen entgegen den Studienresultaten über ein ausreichendes politisches Verständnis verfügen?

Antwort
Staatskunde wird gemäss Lehrplan nicht als isoliertes Einzelfach unterrichtet. Stattdessen wird politisches Wissen über alle drei Zyklen hinweg vermittelt. In den Zyklen 1 und 2 (Primarschule) erfolgt dies integrativ im Fachbereich «Natur, Mensch, Gesellschaft» (NMG.10). Im 3. Zyklus (Oberstufe) ist die klassische, institutionelle Staatskunde systematisch im Fachbereich «Räume, Zeiten, Gesellschaften» verankert.

Der Aufbau des Lehrplans ist konsequent kompetenzorientiert. Das bedeutet, dass Schülerinnen und Schüler Faktenwissen nicht bloss auswendig lernen, sondern politische Prozesse verstehen, vergleichen und auf Alltagssituationen anwenden.

Die Schule Gossau stellt die Vermittlung der im Lehrplan vorgesehenen Kompetenzen im Rahmen der üblichen Unterrichtsplanung, Beurteilung und Qualitätssicherung sicher. Eine separate Erhebung des politischen Verständnisses der Kinder und Jugendlichen oder der gesamten Bevölkerung führt die Stadt nicht durch. Aus den in der Interpellation erwähnten gesamtschweizerischen Studien lassen sich daher keine unmittelbaren Aussagen über den Stand in Gossau ableiten.

Frage 2
In welcher Form werden aktuelle politische Themen (z. B. Klima, Altersvorsorge, Migration etc.) im Unterricht behandelt und welche Kriterien steuern die Themenauswahl?

Antwort
Aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen werden im Rahmen des fächerübergreifenden Leitmotivs «Bildung für Nachhaltige Entwicklung» (BNE) behandelt. Dabei werden unterschiedliche Perspektiven einbezogen: Themen sollen nicht einseitig dargestellt, sondern unter Berücksichtigung von ökologischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Interessen ausgewogen beleuchtet werden (z. B. durch gelenkte Diskussionen sowie Pro- und Contra-Debatten). Oft werden diese Themen auch situativ besprochen, wenn sie sich aufgrund entsprechender Begegnungen oder Umstände ergeben.

Die übergeordneten Themenbereiche sind durch die BNE-Unterthemen («Politik, Demokratie und Menschenrechte» sowie «Natürliche Umwelt und Ressourcen») vorgegeben. Die konkrete Auswahl aktueller Beispiele liegt im pädagogischen Ermessen der Lehrpersonen. Sie orientieren sich an der aktuellen medialen und gesellschaftlichen Relevanz sowie an der kognitiven Stufengerechtigkeit der jeweiligen Schulklasse.

Frage 3
Welche konkreten Massnahmen werden ergriffen, um politische Kompetenzen wie Medienkompetenz, Diskussionskultur, Argumentationsfähigkeit und kritisches Denken systematisch zu fördern, und wie wird deren Fortschritt dokumentiert?

Antwort
Diese Fertigkeiten sind sowohl in den Fachbereichen als auch im überfachlichen Kompetenzbereich verankert – sie werden von den Kleinsten an aufwärts immer intensiver angewendet. Im Fachbereich «Sprachen (Deutsch)» wird das Argumentieren, Debattieren und das Einnehmen fremder Perspektiven systematisch gelehrt. Im Fachbereich «Medien und Informatik (MI)» wird gezielt Medienkompetenz und Quellenkritik gefördert (z. B. das Entlarven von Desinformation und Fake News). Für die Schulungen werden auch externe Angebote eingesetzt, die auf die Schülerinnen und Schüler zugeschnitten sind.

Die fachlichen Leistungen, beispielsweise die Argumentationsfähigkeit in Wort und Schrift, fliessen in die Beurteilung im Deutschunterricht ein. Überfachliche Kompetenzen wie Diskussionskultur, kritisches Denken und Konfliktverhalten werden im Kanton St. Gallen regelmässig mithilfe des offiziellen Einschätzungsbogens zu Verhalten, Zusammenarbeit und Selbstständigkeit beurteilt und im Zeugnis dokumentiert. Eine gesonderte Beurteilung oder Dokumentation der politischen Kompetenz als Ganzes erfolgt nicht.

Frage 4
Werden die Schüler:innen über ihre Partizipationsmöglichkeiten (Unterschriften sammeln, Jugendparlamente, Petitionsrecht etc.) informiert? Falls ja, wie? Falls nein, weshalb nicht?

Antwort
Ja, die Information und die aktive Auseinandersetzung mit Partizipationsmöglichkeiten sind im 3. Zyklus (Oberstufe) im Lehrplan verankert. Damit werden die Schülerinnen und Schüler auf ihre Rolle als aktive Staatsbürgerinnen und Staatsbürger vorbereitet.

Die Auseinandersetzung erfolgt handlungsorientiert im Unterricht. Dabei können Schülerinnen und Schüler beispielsweise reale Fallbeispiele analysieren, Unterschriftenbögen prüfen oder das Verfassen einer Petition an kantonale oder kommunale Behörden simulieren.

Gefässe wie der Klassenrat oder der Klimarat bieten weitere konkrete Partizipationsmöglichkeiten. Auch klassen-, stufen- oder schulhausübergreifende Projekte mit partizipativen Elementen haben in der Schule Gossau Platz. Darüber hinaus bietet die Stadt Gossau Jugendlichen beispielsweise in der Arbeitsgruppe Fair Trade Town die Möglichkeit, sich aktiv mit gesellschaftlichen und politischen Themen auseinanderzusetzen.

Frage 5
Gibt es Gefässe, die zusätzlich zum bestehenden Angebot geplant sind, um künftig politische Bildung an Schulen zu unterrichten?

Antwort
Besuche politischer Institutionen, beispielsweise des Bundeshauses oder einer Parlamentssitzung, sowie der Beizug externer Referentinnen und Referenten können weiterhin anlassbezogen erfolgen.

Die Planung und Einführung zusätzlicher spezifischer Gefässe vor Ort (wie etwa die Etablierung eines städtischen Jugendparlaments, schulhausübergreifender Klassenräte oder der regelmässige Beizug kantonaler Unterstützungsangebote wie des Demokratiebusses der PHSG) fällt in die Kompetenz des Schulrates, der Schulleitungen und der Lehrpersonen. Die Einführung eines neuen, dauerhaft institutionalisierten Gefässes zur politischen Bildung ist derzeit nicht geplant.

Ausserschulische Angebote

Frage 1
Welche ausserschulischen Programme, Institutionen oder Projekte zur politischen Bildung gibt es in Gossau (z. B. Jugendparlamente, Workshops, EasyVote-Broschüren...)? Welche davon sind spezifisch und zielgruppengerecht für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ausgelegt? Ist der Stadtrat bereit, diese Angebote zu fördern?

Antwort
Aktuell bietet die Stadt Gossau kein spezifisches ausserschulisches Angebot zur politischen Bildung an. Das Jugendparlament St. Gallen, Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden steht jedoch auch Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Gossau offen.

Mit der «Politbox» wurde 2019 ein Gefäss geschaffen, das die politische Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Gossau fördern sollte. Die Politbox hatte die Unterstützung von mehreren Mitgliedern des Stadtparlaments sowie der Jugendarbeit. Die jugendlichen Mitglieder verliessen die Politbox aufgrund des Übertritts an weiterführende Schulen oder des Lehrbeginns. Ab 2022 konnten keine neuen Mitglieder mehr gefunden werden. Die Jugendarbeit ist bereit, bei entsprechendem Interesse von Jugendlichen die Wiederaufnahme eines solchen Gefässes zu prüfen und zu begleiten.

Die Easyvote-Broschüren, die komplizierte Abstimmungsvorlagen in kurzer und verständlicher Sprache zusammenfassen und sich insbesondere an Jugendliche und junge Erwachsene richten, wurden in Gossau seit 2020 eingesetzt. Im Rahmen der Budgetberatung im Dezember 2023 beschloss das Stadtparlament, den dafür vorgesehenen Betrag zu streichen. Ein konkreter Einfluss der Easyvote-Broschüren auf die Wahl- und Stimmbeteiligung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Gossau konnte nicht festgestellt werden.

Der Stadtrat sieht derzeit keine Einführung eines eigenen ausserschulischen Angebots zur politischen Bildung vor. Er ist jedoch grundsätzlich bereit, konkrete Initiativen im Einzelfall unter Berücksichtigung des ausgewiesenen Bedürfnisses, der Zielgruppe, der erwarteten Wirkung und der verfügbaren finanziellen Mittel zu prüfen.

Frage 2
Wie plant die Stadt Gossau, ihre jungen Einwohner:innen über kommunale Geschehnisse zu informieren? Gibt es Social-Media-Konzepte oder Ähnliches?

Antwort
Die Stadt Gossau informiert ihre Einwohnerinnen und Einwohner grundsätzlich über dieselben Informationskanäle. Dazu gehören insbesondere die städtische Website, Medienmitteilungen sowie der Newsletter. Ein spezifisches Informationsangebot für Jugendliche und junge Erwachsene besteht derzeit nicht.

Die Stadt verfügt über ein Social-Media-Konzept, das in den kommenden Monaten im Stadtrat beraten werden soll. Ziel ist es, künftig als Stadt auch über Social Media präsent zu sein. Im Rahmen der Beratung wird ebenfalls geprüft, wie jüngere Zielgruppen mit geeigneten Inhalten und Formaten besser erreicht werden können.

Stadtrat

Beilage
Interpellation